

19.01.07, Züricher Tagesanzeiger

GES

TRIBÜNE

Serbien hat die Wahl

Mit einer hohen Wahlbeteiligung und einer Stärkung der demokratischen Parteien können Serbiens Wähler am Sonntag den rückwärts gewandten Kräften eine Absage erteilen.

Von Jörg Heeskens*

Die serbischen Parlamentswahlen am kommenden Sonntag läuten ein für Südosteuropa entscheidendes Jahr ein. Vor allem im Hinblick auf die im Frühjahr anstehende Lösung der Statusfrage Kosovos besitzt der Wahlausgang richtungsweisenden Charakter. Erweist sich die serbische Demokratie als stabil und funktionierend, findet sie ihren Weg zurück in den Kreis der europäischen Wertegemeinschaft. Andernfalls verharrt die grösste ehemalige jugoslawische Teilrepublik weiterhin in nationalistischer Selbstisolation. Seit September 2006, als die Minister der Reformpartei G17 plus aus Protest gegen die Nichtauslieferung des Generals Ratko Mladic an das Haager Kriegsverbrechertribunal zurücktraten, wird Serbien von Premierminister Vojislav Kostunica mehr verwaltet denn regiert. Nun hat sich die von unkonsolidierten Parteien und einer sich seit Jahren gegenseitig blockierenden Elite geprägte serbische Politik einer demokratischen Reifeprüfung zu unterziehen, unmittelbar vor dem sich abzeichnenden endgültigen Verlust Kosovos.

Anzeichen auf eine beginnende Stabilisierung des bisher als defekt zu bezeichnenden politischen Systems sind zu erkennen. Eine vom Volk legitimierte demokratische Verfassung ersetzt seit November die sozialistische Konstitution aus der Milosevic-Ära. Dank einer Klausel im Wahlrecht haben Vertreter der nationalen Minderheiten eine realistische Möglichkeit, als Abgeordnete in die Belgrader Skupstina (Parlament) gewählt zu werden. Auch der für serbische Verhältnisse recht moderate Umgangston der Protagonisten während des Wahlkampfes sowie die Aufnahme des unlängst noch isolierten Landes in das Nato-Programm «Partnership for Peace», zusammen mit einer von der EU in Aussicht gestellten Visa-Erleichterung für Studenten, Kultur- und Medienschaaffende, deuten auf eine sukzessive politische Normalisierung des europäischen Nachrückers hin. Dennoch darf nicht übersehen werden, dass der politische Kompromiss zur Implementierung der ersten postsozialistischen Verfassung einzig auf Grund der nahenden Entscheidung über die Zukunft Kosovos zu Stande kam. Die über 200 Artikel umfassende Verfassung, die Kosovo als integralen Bestandteil Serbiens bezeichnet, wurde ohne grosse öffentliche Debatte, unter Einbindung der nationalistischen und antidemokratischen Parteien, durchs Parlament gepeitscht. Dies verdeutlicht, dass nicht demokratische Überzeugung, sondern allein das Kosovo-Problem die latent verfeindeten politischen Akteure Serbiens zu einem im Stande ist.

Merkwürdige Kapriolen

Fragwürdig erscheint auch die Popularität des Premierministers, der sich parlamentarisch von der Fraktion der sozialistischen Partei des verstorbenen Milosevic tolerieren lässt. Die Tatsache, dass Kostunica trotz seiner mangelhaften Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal als beliebtester Politiker des Landes gilt, wirft kein gutes Bild auf das in Serbien herrschende Demokratieverständnis.

Den Verdacht mangelhafter Demokratiefähigkeit etlicher politischer Akteure erhärtet auch ein Blick auf die jüngsten Kapriolen serbischer Parteien. Die stärkste Fraktion im serbischen Parlament, die ultranationalistische Serbische Radikale Partei, tritt erneut mit dem seit 2003 in Den Haag inhaftierten Vojislav Seselj als Spitzenkandidat an. Ähnlich dubios verhält es sich mit der Partei des Unternehmers und Milliardärs Bogoljub Karic, der es bei den letzten Präsidentschaftswahlen auf immerhin knapp 20 Prozent der Stimmen brachte. Die Wahlliste der Partei wird von dessen Gattin angeführt, da sich der Tycoon selbst aus Angst vor einer Verhaftung ins Ausland abgesetzt hat.

Die in den letzten Jahren aus dem internationalen Fokus geratene Balkanproblematik kehrt durch die Parlamentswahlen auf die politische Agenda zurück. Der Umgang der Eliten mit dem Ergebnis wird zeigen, ob das politische System Serbiens bereit und fähig ist, die in diesem Jahr anstehenden Entscheidungen konstruktiv und demokratisch zu begleiten oder weiter im europäischen Abseits verharrt.

*Der Autor ist Politologe und promoviert an der Universität Basel über Demokratieentwicklung in Serbien.